Erklärung des UVB-Präsidiums: Betriebe bei Integration von Flüchtlingen massiv unterstützen

22.09.15

Erklärung des UVB-Präsidiums: Betriebe bei Integration von Flüchtlingen massiv unterstützen

Um Asylbewerber rasch in Arbeit bringen zu können, müssen rechtliche Hürden abgebaut und aufnahmebereite Betriebe unterstützt werden. | © Fotolia 2016 / highwaystarz

Die Wirtschaft in Berlin und Brandenburg setzt sich ein für einen menschenwürdigen Umgang mit den Flüchtlingen, die derzeit vor Krieg und Verfolgung in ihren Heimatländern fliehen. „Es ist ein Gebot der Humanität für die Staaten der Europäischen Union, diesen Männern, Frauen und Kindern Schutz und Sicherheit zu bieten. Wir stehen an der Seite jener, die den Flüchtlingen Hilfsbereitschaft entgegenbringen und sich um ihre Unterbringung und Verpflegung kümmern“, heißt es in einer

Erklärung, die das Präsidium der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) beschlossen hat. „Zugleich wenden wir uns entschieden gegen jede Form von Anfeindungen und Angriffen auf Flüchtlinge.“ Die Wirtschaft setze sich für einen offenen, toleranten und hilfsbereiten Umgang mit Menschen aus anderen Ländern ein.

Staat und Gesellschaft müssten ihre Integrationsanstrengungen allerdings auf die Menschen konzentrieren, die mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Bundesrepublik bleiben werden.

Um Asylbewerber rasch in Arbeit bringen zu können, plädierte die UVB dafür, rechtliche Hürden abzubauen und aufnahmebereite Betriebe massiv zu unterstützen. „So sollte die Vorrangprüfung, ob für eine freie Stelle nicht auch ein einheimischer Bewerber vorhanden ist, abgeschafft werden“, verlangte das UVB-Präsidium.

Wer eine Ausbildung begonnen habe, solle sie abschließen und danach mindestens zwei Jahre lang Schutz vor Abschiebung genießen dürfen. „Auch ein erleichterter Zugang zum Hochschulsystem für Asylbewerber samt der nötigen sprachlichen Förderung ist wichtig. Außerdem gilt es, die Qualifikation von Zuwanderern so rasch wie möglich festzustellen, damit sie auf dem Arbeitsmarkt aktiv werden können.“

Grundsätzlich plädiert die Wirtschaft in Berlin und Brandenburg dafür, die Zuwanderung über das Asylsystem und die Arbeitsmigration zu entflechten. Wo es Fachkräfte-Engpässe gebe, müsse Deutschland in Zukunft mehr denn je für Menschen aus dem Ausland attraktiv sein – das gelte für Auszubildende ebenso wie für Facharbeiter und Akademiker. „Unternehmen müssen die Möglichkeit bekommen, zielgenau und unbürokratisch Arbeitskräfte aus anderen Ländern einzustellen“, verlangte die UVB-Spitze.

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF